



18.10.2011 – 14:39 Uhr

pafl: Regierungsrätin Aurelia Frick trifft UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay

Vaduz (ots/pafl) -

Am 17. Oktober 2011 trafen sich Regierungsrätin Aurelia Frick und die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, in Vaduz zu einem Arbeitsgespräch. Die führende Menschenrechtsbeauftragte der UNO weilt derzeit aus Anlass einer Klausurtagung zur Zukunft des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) in Liechtenstein. Dies ist nach dem Besuch von Louise Arbour im Jahr 2006 der zweite Besuch einer UNO Hochkommissarin für Menschenrechte in Liechtenstein.

Im Zusammenhang mit der Klausurtagung konnten gerade zur Schnittstelle zwischen Menschenrechtsschutz und internationaler Strafgerichtsbarkeit wertvolle Erkenntnisse und Erfahrungen ausgetauscht werden. Während Liechtenstein in diesem Bereich eine führende Expertise entwickeln konnte, hatte Pillay selbst vor ihrer Zeit als Hochkommissarin in ihrer Funktion als Richterin entscheidend zum erfolgreichen Beginn des Internationalen Strafgerichtshofs beigetragen.

Liechtenstein engagiert sich seit jeher stark für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte und insbesondere für die Arbeit des Hochkommissariats. Pillay bedankte sich für die zuverlässige Unterstützung Liechtensteins. Sowohl in inhaltlicher als auch in finanzieller Hinsicht sei Liechtensteins Einsatz wichtig, sieht sich die Hochkommissarin doch immer intensiveren Angriffen auf ihre Unabhängigkeit ausgesetzt. Regierungsrätin Aurelia Frick sicherte der Hochkommissarin auch in Zukunft Liechtensteins Einsatz für die Menschenrechte und zu.

Darüber hinaus erfuhr die Regierungsrätin aus erster Hand, wie ernst sich die derzeitige Menschenrechtssituation in Syrien präsentiert. Beide stimmten überein, dass die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung gerecht werden und eine lückenlose und unabhängige Untersuchung der Gewalt durch das syrische Regime sicherstellen müsse. Auch im Fall Sri Lankas sei die Untersuchung der Vorfälle gegen Ende des Bürgerkrieges im Jahr 2009 noch unzulänglich. Ohne eine strafrechtliche Aufarbeitung der schwersten Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen sei keine nachhaltige Aussöhnung möglich. Damit zeigten sich Regierungsrätin Aurelia Frick und UNO-Hochkommissarin Pillay mit dem moralischen Grundpfeiler des Internationalen Strafgerichtshofs einig.

Kontakt:

Ressort Äusseres
Sandra Ruppen, Mitarbeiterin der Regierung
T +423 236 73 08

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100706038> abgerufen werden.